

# Inhalt

<b>Verzeichnis der Bearbeiter<sup>1)</sup></b> .....	1
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	15
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	19
1. Kommunalverfassungsrechtliche Grundlagen .....	23
1.1 Gemeinde als Grundlage des demokratischen Staates .....	23
1.2 Ehrenamt als Garant aktiver Bürgerschaft .....	24
1.3 Institutionelle Garantie .....	24
1.4 Allzuständigkeit der Gemeinde .....	25
1.5 Verbandskompetenz .....	26
1.6 Hoheitsrechte .....	26
1.7 Schranken der kommunalen Selbstverwaltung .....	27
1.8 Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung ...	27
1.9 Gemeindeordnung .....	28
1.10 Gemeindeorgane .....	28
1.11 Kommunale Selbstverwaltung: Chance zur Eigengestaltung .....	28
1.12 Akteure der Gemeindepolitik .....	29
1.13 Beratungs- und Beschlussverfahren .....	30
1.14 Kommunalverfassungsverstreit .....	31
2. Zuständigkeiten der gemeindlichen Organe .....	32
2.1 Allgemeines .....	32
2.2 Zuständigkeiten der Gemeinde .....	34
2.2.1 Selbstverwaltungsangelegenheiten .....	34
2.2.1.1 Auftragsangelegenheiten/Aufgaben nach Weisung.....	34
2.2.1.2 Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft .....	35
2.2.1.3 Zuständigkeit in Angelegenheiten der Einwohner .....	36
2.2.1.4 Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen .....	38

<sup>1)</sup> **Bearbeiterverzeichnis:** Bätge: Erl. 3 u. 8.3 bis 9; Bennemann: Erl. 1, 2, 4 u. 11; Engelhardt: Erl. 2; Glaser: Erl. 5; Höhle: Erl. 1 u. 4; Sommer: Erl. 6 u. 8 bis 8.2; Stein: Erl. 7; Ziertmann: Erl. 10.

2.2.1.5	Zuständigkeiten der ergänzenden Verbände und Gemeindeverbände sowie von Zweckverbänden ...	39
2.2.1.6	Keine Einwirkung auf Zuständigkeiten des Staats .....	40
2.2.2	Wahrnehmung von staatlichen Aufgaben .....	40
2.2.2.1	Rechtscharakter .....	41
2.2.2.2	Inhalt der staatlichen Auftragsangelegenheiten .....	42
2.2.2.3	Bereitstellung von Bediensteten, Einrichtungen und Mitteln .....	43
2.2.2.4	Körperschaftliche und personelle Zuständigkeiten .....	44
2.3	Endgültige Beschlussfassung durch Ausschüsse ....	45
2.3.1	Beschließende Ausschüsse .....	45
2.3.2	Beratende Ausschüsse .....	46
2.3.3	Werksausschüsse/Betriebskommissionen/ Betriebsausschüsse .....	48
2.3.4	Zusammensetzung der Ausschüsse .....	49
2.4	Übertragung von Angelegenheiten auf ein anderes Organ/auf die Verwaltungsspitze .....	49
2.5	Gesetzlich festgelegte Zuständigkeiten der Verwaltungsspitze (Bürgermeister, Verwaltungsleiter, Gemeindevorstand, Verwaltungsausschuss) .....	49
2.5.1	Vorbereitung der Sitzung, der Beratungsgegenstände und der Beschlüsse .....	50
2.5.2	Ausführung der Beschlüsse .....	52
2.5.3	Eilentscheidungsrecht .....	53
2.5.3.1	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten .....	53
2.5.3.2	Materielle Voraussetzungen .....	55
2.5.3.3	Unterrichtung des Rats/der Ausschüsse und Reaktionsmöglichkeiten .....	56
2.5.4	Entscheidungsrecht bei Beschlussunfähigkeit des Rats .....	60
2.5.5	Entscheidungsrecht Ungültigerklärung der Wahl des Gemeinderats .....	62
2.5.6	Wahrnehmung der laufenden Angelegenheiten ....	62
2.5.7	Erfüllung von Auftragsangelegenheiten .....	65
2.5.8	Leitung der Verwaltung .....	65

2.5.8.1	Organisation der Verwaltung .....	66
2.5.8.2	Personalentscheidungen .....	67
2.5.9	Vertretung der Gemeinde nach außen .....	68
3.	Rechte und Pflichten von Ratsmitgliedern .....	70
3.1	Grundsätzliche Rechtsstellung .....	70
3.1.1	Inhaber eines öffentlichen Amtes .....	71
3.1.1.1	Ehrenamt .....	71
3.1.1.2	Amtsträgerschaft im haftungsrechtlichen Sinne .....	72
3.1.1.3	Fehlende Amtsträgerschaft im strafrechtlichen Sinne .....	72
3.1.2	Mandatsannahme .....	72
3.1.3	Unvereinbarkeit von Amt und Mandat .....	73
3.1.4	Wahlperiode .....	74
3.1.5	Mandatsverlust .....	74
3.1.5.1	Verzicht .....	74
3.1.5.2	Nachträglicher Verlust der Wählbarkeit .....	74
3.1.5.3	Parteiverbot gemäß Art. 21 GG .....	75
3.1.5.4	Ungültigkeit der Wahl gemäß einer Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren .....	75
3.1.5.5	Inkompatibilität .....	75
3.2	Rechte der kommunalen Vertreter .....	75
3.2.1	Freies Mandat .....	76
3.2.1.1	Weisungsfreiheit .....	76
3.2.1.1.1	Fraktionsdisziplin .....	76
3.2.1.1.2	Bindung an Bürgerbefragungen .....	77
3.2.1.2	Freies Mandatsausübungsrecht .....	78
3.2.1.2.1	Informationsrecht .....	79
3.2.1.2.2	Teilnahme-, Rede- und Fragerecht .....	80
3.2.1.2.3	Recht auf Wahrung des Grundsatzes der Sitzungsöffentlichkeit .....	82
3.2.1.2.4	Störungsbeseitigungsrecht .....	83
3.2.2	Behinderungs- und Benachteiligungsverbot sowie Recht auf Freistellung .....	83
3.2.2.1	Behinderungs- und Benachteiligungsverbot .....	84
3.2.2.2	Recht auf Freistellung .....	84

3.2.3	Anspruch auf Entschädigung .....	85
3.2.3.1	Aufwandsentschädigung .....	85
3.2.3.2	Verdienstaustausch und Haushaltsentschädigung .....	86
3.2.4	Kontrollrechte .....	87
3.2.5	Rechte als Mitglied eines Quorums („Minderheitenrechte“) .....	87
3.2.6	Rechte als Mitglied einer Fraktion .....	88
3.3	Pflichten der kommunalen Vertreter .....	88
3.3.1	Allgemeine Mandatsausübungspflichten .....	88
3.3.2	Verschwiegenheitspflicht .....	89
3.3.2.1	Geheimhaltungsbedürftigkeit .....	89
3.3.2.2	Kenntnis im Rahmen der amtlichen Tätigkeit .....	90
3.3.2.3	Rechtsfolgen bei Verstoß .....	91
3.3.2.4	Verschwiegenheitspflicht und Aussagepflicht .....	91
3.3.3	Treuepflicht und Vertretungsverbot .....	92
3.3.3.1	Anwendungsbereich des Vertretungsverbotes .....	94
3.3.3.2	Rechtsfolgen bei Verstoß .....	95
3.3.4	Mitwirkungsverbot wegen Befangenheit .....	95
4.	Bürgermeister .....	95
4.1	Einleitung .....	95
4.2	Vorsitz .....	97
4.3	Vollzugsorgan .....	98
4.4	Stellvertretung .....	102
4.5	Kontrollrechte .....	102
5.	Die Ausschüsse in den Gemeindeordnungen der Länder .....	104
5.1	Einleitung .....	104
5.1.1	Rechtsgrundlagen .....	105
5.1.2	Ermessen zur Bildung der Ausschüsse und gesetzliche Vorgaben .....	106
5.1.3	Rechtsstellung .....	107
5.2	Funktionen der Ausschüsse .....	108
5.2.1	Beratende Funktionen .....	109
5.2.2	Beschließende Ausschüsse .....	110

5.3	Zusammensetzung der Ausschüsse und Mitwirkungsrechte von Nicht-Ausschussmitgliedern .....	111
5.3.1	Zusammensetzung .....	111
5.3.2	Teilnahmerecht von Ratsmitgliedern ohne Ausschusssitz .....	113
5.3.3	Mitwirkungs- bzw. Teilnahmerecht weiterer Amtsträger .....	114
5.4	Bildung und Auflösung von Ausschüssen .....	115
5.4.1	Wahl oder Berufung der Mitglieder .....	115
5.4.2	Verfahren zur Sitzverteilung .....	116
5.4.3	Proportionalität ohne Wahlen .....	118
5.4.4	Auswirkungen der Zusammenarbeit von Fraktionen .....	118
5.4.5	Nachbenennung von Ausschussmitgliedern .....	120
5.4.6	Ausschussveränderungen bei Mehrheitsveränderungen im Rat .....	120
5.5	Vorsitz .....	122
5.6	Verfahrensweise in den Ausschüssen .....	122
5.7	Sonderausschüsse .....	123
5.8	Keine Ausschüsse .....	124
6.	Fraktionen .....	124
6.1	Rechtliche Stellung der Fraktionen .....	125
6.2	Begriff der Fraktion, Gruppen, Geschäftsordnung .....	125
6.3	Bildung der Fraktionen, Fraktionsmindeststärke ...	129
6.3.1	Die Bildung der Fraktion nach der Kommunalwahl .....	129
6.3.2	Die Bildung der Fraktion während der Wahlperiode/Wahlzeit .....	130
6.3.3	Fraktionsmindeststärke .....	131
6.4	Willensbildung in der Fraktion .....	133
6.5	Mitwirkung Fraktionsfremder .....	133
6.5.1	Hospitanten .....	134
6.5.2	Nachrücker .....	134
6.5.3	Beigeordnete .....	135
6.5.4	Parteivorstände .....	135

6.5.5	Sachverständige/Einwohner .....	135
6.5.6	Rechte und Pflichten weiterer Teilnehmer .....	136
6.6	Austritt und Ausschluss aus der Fraktion .....	136
6.6.1	Austritt aus der Fraktion .....	136
6.6.2	Ausschluss aus der Fraktion .....	137
6.7	Auflösung der Fraktion .....	142
6.7.1	Auflösung durch Kündigung des Fraktionsvertrages .....	143
6.7.2	Auflösung der Fraktion durch Austritte und Unterschreiten der Fraktionsmindeststärke .....	143
6.8	Rechte der Fraktion in der Gemeindevertretung ....	144
6.9	Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen .....	148
6.10	Die Fraktion im Kommunalverfassungsverstreit .....	149
6.10.1	Die Fraktion im Verfahren um einen Fraktionsausschluss .....	150
6.10.2	Geltendmachung von eigenen Rechten gegenüber Organen oder Organteilen der Vertretungskörperschaft.....	151
6.11	Die Finanzierung der Fraktionen .....	153
7.	Mitwirkungsverbot .....	158
7.1	Bedeutung und Systematik der Vorschriften .....	158
7.2	Tatbestandsvoraussetzungen des Mitwirkungsverbots .....	160
7.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich .....	160
7.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich .....	160
7.2.2.1	Unmittelbarer Vorteil oder Nachteil .....	161
7.2.2.1.1	Vorteil oder Nachteil durch die Entscheidung .....	161
7.2.2.1.2	Unmittelbarkeit des Vorteils oder Nachteils .....	161
7.2.2.2	Begünstigter oder belasteter Personenkreis – Zielrichtung des Vorteils oder Nachteils .....	163
7.2.2.2.1	Angehörige bzw. gleichgestellte Personen als Begünstigte oder Benachteiligte .....	164
7.2.2.2.2	Vertretene als Begünstigte oder Benachteiligte .....	165
7.2.2.2.3	Beschäftigungsverhältnisse .....	167
7.2.2.2.4	Organschaftliche Rechtsstellungen .....	168
7.2.2.3	Unmittelbares persönliches oder wirtschaftliches Interesse .....	168

7.2.2.4	Ausschluss wegen Vorbefassung .....	169
7.2.3	Ausnahmetatbestände .....	169
7.2.3.1	Personenentscheidungen .....	170
7.2.3.2	Betroffenheit von Gruppeninteressen .....	170
7.3	Rechtsfolgen eines Mitwirkungsverbots und Verfahren .....	172
7.3.1	Das Verfahren zur Feststellung eines Mitwirkungsverbots .....	172
7.3.2	Rechtsfolge des Ausschlusses – Reichweite .....	174
7.3.3	Die Folgen unzulässiger Mitwirkung bzw. einer fehlerhaft unterbliebenen Mitwirkung .....	174
7.4	Rechtsschutz .....	175
8.	Sitzungen der Gemeindevertretung/ des Gemeinderates.....	177
8.1	Vorbereitung der Sitzung .....	177
8.1.1	Einberufung der Sitzung der Gemeindevertretung, Konstituierende Sitzung .....	177
8.1.2	Erzwingung einer Sitzung der Gemeindevertretung (Sondersitzung) .....	178
8.1.3	Aufstellung der Tagesordnung, Mitwirkung Ältestenrat .....	179
8.1.4	Bestimmtheit der Tagesordnungspunkte .....	182
8.1.5	Sitzungsunterlagen .....	183
8.1.6	Ort und Zeit der Sitzung .....	184
8.1.7	Sitzungsort und Sitzungsraum .....	185
8.2	Einladung und öffentliche Bekanntmachung .....	186
8.2.1	Form der Einladung .....	186
8.2.2	Fristen .....	187
8.2.3	Einzuladende Personen .....	189
8.2.4	Versand der Einladung .....	189
8.2.5	Öffentliche Bekanntmachung .....	190
8.2.6	Form und Frist der Bekanntmachung .....	190
8.2.7	Bekanntmachungsmängel .....	191
8.3	Sitzungsteilnehmer .....	194
8.3.1	Mitglieder der Gemeindevertretung .....	194
8.3.2	Bürgermeister und Beigeordnete .....	197

8.3.3	Schritfführer .....	197
8.3.4	Mitarbeiter .....	198
8.3.5	Vertreter der Aufsichtsbehörde .....	198
8.3.6	Vertreter von Beiräten .....	198
8.3.7	Ortsvorsteher .....	198
8.3.8	Einwohner .....	199
8.3.9	Presse und Rundfunk .....	200
8.3.10	Vertreter von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren .....	200
8.3.11	Sonstige Teilnehmer .....	200
8.4	Vorsitz .....	201
8.4.1	Aufgaben des Vorsitzenden der Gemeindevertretung .....	201
8.4.2	Sitzungsleitung .....	201
8.4.3	Wahlleitung bei Wahlen .....	202
8.5	Öffentlichkeit der Sitzungen .....	203
8.5.1	Öffentliche Sitzung als Regelfall .....	204
8.5.2	Saalöffentlichkeit oder Medienöffentlichkeit? .....	204
8.5.2.1	Übertragung von Sitzungen im Rundfunk .....	205
8.5.2.2	Übertragung von Sitzungen im Internet .....	205
8.5.2.2.1	Gemeindeordnungen mit Regelungen zur Übertragung .....	205
8.5.2.2.2	Gemeindeordnungen ohne Regelung zur Übertragung .....	206
8.5.3	Ausschluss der Öffentlichkeit .....	207
8.5.4	Beispiele für einen zulässigen Ausschluss der Öffentlichkeit .....	211
8.5.5	Rechtsfolgen des Verstoßes gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz .....	211
8.6	Beschlussfähigkeit .....	212
8.6.1	Voraussetzungen für die Beschlussfähigkeit .....	212
8.6.2	Eintritt der Beschlussunfähigkeit .....	213
8.6.3	Beschlussfähigkeit in besonderen Fällen .....	213
8.7	Sitzungsablauf, Geschäftsgang, Geschäftsordnung .....	214
8.7.1	Sitzungseröffnung durch den Vorsitzenden .....	214



8.7.2	Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung .....	214
8.7.3	Mündlichkeitsprinzip .....	216
8.7.3.1	Rederecht .....	217
8.7.3.2	Redezeitbeschränkungen .....	217
8.7.4	Willensbildung der Gemeindevertretung .....	218
8.7.4.1	Anträge der Gemeindevertreter und der Fraktionen .....	218
8.7.4.1.1	Definition des Antrages .....	220
8.7.4.1.2	Antragsfristen, Formvorschriften .....	220
8.7.4.1.3	Sperfristen für eingereichte Anträge .....	221
8.7.4.1.4	Rücknahme von Anträgen .....	222
8.7.4.1.5	Antragskonkurrenzen .....	223
8.7.4.1.6	Absetzung von Anträgen von der Tagesordnung ...	223
8.7.4.2	Beschlussvorlagen des Verwaltungsorgans .....	224
8.7.4.3	Einwohneranträge .....	224
8.7.4.4	Anfragen der Gemeindevertreter, Akteneinsichtsrechte .....	225
8.7.4.5	Einwohnerfragestunden .....	228
8.7.4.6	Behandlung von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren in der Gemeindevertretung .....	229
8.7.4.6.1	Art der Entscheidung .....	229
8.7.4.6.2	Verfahrensmäßige Abwicklung .....	229
8.7.5	Verfahrensweise der Gemeindevertretung bei dem gemeindeinternen Widerspruchs- und Beanstandungsverfahren .....	233
8.7.6	Geschäftsordnung und Geschäftsordnungsanträge .....	237
8.7.6.1	Rechtscharakter der Geschäftsordnung .....	238
8.7.6.2	Geschäftsordnungsanträge .....	238
8.7.6.3	Typische Regelungen in Geschäftsordnungen .....	239
8.7.7	Sitzungsdauer .....	239
8.8	Ordnung in den Sitzungen .....	240
8.8.1	Ordnungsgewalt und Hausrecht .....	240
8.8.2	Einzelne Ordnungsmaßnahmen im Rahmen der Ordnungsgewalt .....	242
8.8.2.1	Sachruf .....	242

8.8.2.2	Rüge und Ordnungsruf .....	243
8.8.2.3	Wortentzug .....	244
8.8.2.4	Sitzungsausschluss .....	245
8.8.2.5	Ordnungsgelder .....	245
8.8.3	Rechtsschutz gegen Ordnungsmaßnahmen .....	245
8.9	Abstimmungen und Wahlen, Abberufungen .....	246
8.9.1	Unterscheidung zwischen Abstimmungen und Wahlen .....	246
8.9.2	Offene und geheime Abstimmung .....	248
8.9.3	Ablauf von Abstimmungen .....	248
8.9.4	Ergebnis der Abstimmung: der Beschluss .....	249
8.9.4.1	Rechtscharakter von Beschlüssen .....	250
8.9.4.2	Aufhebung und Abänderung von Beschlüssen .....	250
8.9.5	Wahlen als Personalentscheidungen der Gemeindevertretung .....	251
8.9.5.1	Gewährleistung der geheimen Wahl .....	251
8.9.5.2	Mehrheitswahlen .....	253
8.9.5.3	Verhältniswahlen .....	253
8.9.5.4	Wahlprüfung .....	254
8.9.5.4.1	Wahlprüfung in Hessen .....	254
8.9.5.4.2	Wahlprüfung in Rheinland-Pfalz .....	258
8.9.5.4.3	Wahlprüfung im Saarland .....	259
8.9.5.4.4	Wahlprüfung in den anderen Bundesländern .....	259
8.10	Die Niederschrift über die Sitzungen der Gemeindevertretung .....	260
8.10.1	Funktion der Niederschrift .....	260
8.10.2	Inhalt der Niederschrift .....	260
8.10.2.1	Anwesende der zu dokumentierenden Sitzung der Gemeindevertretung .....	261
8.10.2.2	Verhandlungsgegenstände der Sitzung .....	261
8.10.2.3	Gefasste Sachbeschlüsse .....	262
8.10.2.4	Durchgeführte Wahlen .....	262
8.10.2.5	Sonstige Inhalte .....	262
8.10.2.6	Festzuhaltende Abstimmungs- und Wahlergebnisse .....	264
8.10.2.6.1	Allgemeines .....	264

8.10.2.6.2	Abstimmungsverhalten einzelner Gemeindevertreter .....	265
8.10.2.6.3	Namentliche Abstimmung .....	265
8.10.3	Schriftführung .....	265
8.10.3.1	Der Schriftführer .....	266
8.10.3.2	Pflichten des Schriftführers .....	266
8.10.3.3	Tonbandaufnahmen durch den Schriftführer .....	267
8.10.3.4	Abhören der Tonbandaufzeichnungen .....	267
8.10.4	Einzelheiten zur Niederschrift .....	268
8.10.4.1	Unterzeichnung der Niederschrift .....	268
8.10.4.2	Offenlegung der Niederschrift/Übersendung von Abschriften .....	268
8.10.4.3	Einsichtsrecht der Gemeindebevölkerung in die Niederschrift .....	270
8.10.4.4	Veröffentlichung der Niederschrift im Internet .....	271
8.10.4.5	Niederschrift als öffentliche Urkunde/ Beweiskraft der Niederschrift .....	271
8.10.4.6	Einwendungen gegen die Niederschrift/ Genehmigung der Niederschrift .....	272
8.10.4.7	Aufbewahrung der Niederschrift .....	273
9.	Ausführung der Beschlüsse und Kontrolle durch den Bürgermeister .....	274
9.1	Ausführung der Beschlüsse .....	274
9.1.1	Ausführungspflicht .....	274
9.1.2	Pflicht zur zügigen Ausführung .....	274
9.1.3	Nicht umsetzungsbedürftige Beschlüsse .....	274
9.1.4	Ausführungskontrolle der Kommunalvertretung ....	275
9.1.5	Außenwirksamkeit von Beschlüssen .....	275
9.2	Kontroll- und Aussetzungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten .....	275
9.3	Pflicht zur Beanstandung rechtswidriger Beschlüsse .....	276
9.3.1	Rechtswidrigkeit des Beschlusses .....	276
9.3.1.1	Allgemeine Rechtswidrigkeitsgründe .....	277
9.3.1.2	Rechtsgebot der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltswirtschaft .....	277
9.3.2	Verfahren der Beanstandung .....	279

9.4	Widerspruchsrecht des Hauptverwaltungsbeamten .....	281
9.4.1	Gefährdung des Wohls der Kommune .....	281
9.4.2	Ansicht des Hauptverwaltungsbeamten .....	281
9.4.3	Verfahren bei der Widerspruchseinlegung und Rechtsfolgen .....	282
10.	Kontrolle, Aufsicht .....	283
10.1	Aufgaben der Gemeinden und Aufsicht .....	283
10.1.1	Selbstverwaltungsaufgaben .....	283
10.1.2	Staatliche Aufgaben .....	284
10.2	Kommunalaufsicht .....	285
10.2.1	Allgemeines .....	285
10.2.2	Aufsichtsmittel .....	286
10.2.2.1	Beratung .....	287
10.2.2.2	Unterrichtung .....	288
10.2.2.3	Anzeige- und Vorlagepflichten .....	289
10.2.2.4	Genehmigungsvorbehalte .....	290
10.2.2.5	Beanstandung und Aufhebung .....	291
10.2.2.6	Anordnung .....	292
10.2.2.7	Ersatzvornahme .....	294
10.2.2.8	Bestellung eines Beauftragten .....	295
10.2.2.9	Weitere Aufsichtsmittel .....	297
10.2.3	Kommunalaufsichtsbehörden .....	298
10.3	Die Fachaufsicht .....	299
10.3.1	Aufsichtsmittel .....	299
10.3.1.1	Information/Berichterstattung .....	299
10.3.1.2	Weisung .....	299
10.3.1.3	Selbsteintrittsrecht .....	300
10.3.1.4	Amtshilfe der Kommunalaufsichtsbehörde .....	300
10.3.2	Grenzen der Aufsicht .....	301
10.4	Rechtsprechungs- und Literaturhinweise .....	301
11.	Entscheidungen durch den Bürger .....	304
11.1	Allgemeines und Rechtsgrundlagen .....	304
11.2	Gegenstände eines Bürgerbegehrens/ Bürgerentscheids .....	306

11.3	Einleitung eines Bürgerentscheids .....	309
11.3.1	Erforderliche Unterstützungsunterschriften .....	309
11.3.2	Sammlung der Unterstützungsunterschriften .....	310
11.4	Entscheidungen über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens .....	312
11.4.1	Formelle Voraussetzungen .....	313
11.4.2	Materielle Voraussetzungen .....	314
11.4.3	Mit der Zulassungsentscheidung verbundene Entscheidungen .....	317
11.4.4	Rechtsmittel gegen versagte Zulassungen .....	318
11.4.5	Auswirkungen der Einreichung von Bürgerbegehren .....	319
11.4.5.1	In der Zeit bis zur Zulassungsentscheidung .....	319
11.4.5.2	Zwischen der Zulassung und der Durchführung des Bürgerentscheides .....	320
11.4.5.3	Vorwirkungen durch gerichtliche Entscheidungen .....	321
11.4.6	Rechtskontrolle der Zulassungsentscheidung .....	322
11.4.7	Sachentscheidungen des Rats i. S. des Bürgerbegehrens .....	322
11.5	Durchführung eines Bürgerentscheides .....	323
11.6	Rechtswirkung eines Bürgerentscheides.....	324
	<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>327</b>